

Die Freiheit, die uns umbringt und „Freiheit, die wir meinen“

Gero Jenner

Foto: Roxanne Desgagnés auf Unsplash

Immanuel Kant, H. G. Wells, Arnold Toynbee, Bertrand Russell, Raymond Aron und Albert Einstein haben dafür plädiert, dass die Staaten – alle Staaten – auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität verzichten. Diese Forderung leuchtet jedem ein, der sich keine Illusionen über die elementaren Bedrohungen macht, denen die Bewohner des Globus spätestens seit dem vergangenen Jahrhundert ausgesetzt sind.

Der galoppierende Fortschritt des Klimawandels – unter anderem daran zu erkennen, dass das Grönlandeis viermal schneller schmilzt als noch vor einem Jahrzehnt prophezeit – ist schon jetzt nicht mehr aufzuhalten, aber nach Möglichkeit sollte er zumindest soweit eingedämmt werden, dass unsere Art nicht in einem Treibhaus erstickt, wo der Meeresspiegel am Ende 70 Meter über dem heutigen Niveau liegen wird und die meisten Millionenstädte im Meer versinken. Bis dahin wird freilich noch einige Zeit vergehen, aber die Richtung ist vorgegeben, denn die Abwehr der Gefahr erscheint solange unerreichbar als es jedem Staat überlassen bleibt, um des eigenen Wachstums willen, fossile Brennstoffe nach Gutdünken zu verheizen. Aller Fortschritt im Kampf gegen den Klimawandel hängt von der Bedingung ab, dass eine Art Weltpolizei (vermutlich zusammengesetzt aus den führenden Supermächten) darüber wacht, dass die Spielregeln zur Rettung des Planeten beachtet und eingehalten werden.

Der gleiche Imperativ

gilt im Hinblick auf die Nutzung der heute noch zur Verfügung stehenden nicht-fossilen Ressourcen. In unserer

technisch hoch entwickelten Zeit werden auch diese in einer Art globalem Potlatsch in den modernen Wegwerfgesellschaften nicht nur *en masse* konsumiert, sondern anschließend auch noch *en masse* in mehr oder weniger giftigen Müll transformiert. An Nachhaltigkeit ist unter solchen Umständen nicht einmal zu denken – im Gegenteil: Je mehr Staaten dem westlichen Beispiel folgen, umso schneller wird der noch vorhandene Rest an Rohstoffen abgebaut und als erstickendes Gift über Länder und Meere verteilt oder in Verbrennungsanlagen in die Atmosphäre geblasen.

Und das ist nur die eine, heute global sichtbare Wirkung unseres gewaltigen technologischen Könnens. So als wäre die Bedrohung durch Klimawandel und Rohstoffverbrauch nicht schon beängstigend genug, kommt noch ein weiteres Übel hinzu: das größte, auch wenn es – wie durch ein Wunder – bisher noch nicht zur Wirkung gelangte. Die Lebensflamme unserer Art könnte von einem Tag auf den anderen erstickt werden: Zum ersten Mal seit Bestehen von Homo Sapiens ist die Menschheit als Kollektiv dem Artentod ausgesetzt. Aufgrund unseres überragenden technologischen Könnens haben wir es so weit gebracht, uns selbst auf die rote Liste der zum Aussterben verurteilten Arten zu setzen – es genügt ein einziger Knopfdruck, womit eine der Supermächte – Russland, Amerika oder China – den Erstschlag auslöst. Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen äußerte Präsident Kennedy am 25. September 1961 die Hoffnung, dass Nuklearwaffen aufgrund eines internationalen Übereinkommens endgültig abgeschafft werden. Denn „in unserer Zeit muss jeder Einwohner des Planeten damit rechnen, dass dieser nicht

länger bewohnbar sein wird. Wir alle leben unter einem Damoklesschwert, das in jedem Moment aufgrund eines Zwischenfalls, eines falschen Kalküls oder aufgrund von Wahnsinn auf uns herniederfallen könnte. Diese Waffen müssen abgeschafft werden, bevor sie uns abschaffen....“

Nein, so war es gestern

heute ist es um vieles schlimmer, denn „der Fortschritt“ schreitet ja weiterhin unaufhaltsam und sogar in immer schnellerem Tempo voran. Inzwischen können sich selbst winzige Staaten wie Israel und bitterarme wie Nordkorea die apokalyptische Bombe leisten. In einer multipolaren Welt, wo jeder sich auf das Recht beruft, über Umfang und Art der eigenen Verteidigung zu bestimmen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis alle Staaten der Welt – und nicht nur wie bisher etwa ein Dutzend – über genug Bomben verfügen, um die ganze übrige Menschheit in Geiselschaft zu zwingen. Außer den klassischen Atommächten USA, Russland, Frankreich, England und China verfügen schon jetzt Pakistan, Indien und Israel über das apokalyptische Schwert. Nordkorea hat es bis zur Einsatzreife entwickelt und besitzt auch die dazugehörigen Raketen, um zumindest die eigenen Nachbarn auszulöschen. Auch Iran wird die Zentrifugen zur Urananreicherung wohl demnächst wieder laufen lassen, und was die Saudis tun, wissen ohnehin nur sie selbst. Über Japan besitzen wir genauere Informationen. Dort hat man in den achtziger Jahren dreihundert Kilogramm waffenfähiges Plutonium von den USA zu Forschungszwecken erhalten. Aufgrund seiner hohen technischen Kompetenz könnte das fernöstliche Land daraus in weniger als einem

halben Jahrzehnt zwischen vierzig bis fünfzig Bomben herstellen. Außerdem verfügt Japan noch über vierundvierzig Tonnen weniger reinen Plutoniums, ausreichend für die Fabrikation von sage und schreibe fünftausend nuklearen Köpfen. Im Hinblick auf seinen Vorrat an potenziell nutzbarem Nuklearmaterial hat Japan sogar die Vereinigten Staaten eingeholt. Technisch ist das Land jederzeit in der Lage, sich unter die großen Atomkräfte einzureihen – eine Tatsache, mit der sich rechte Kreise, animiert durch Shintaro Ishihara, den Schriftsteller und langjährigen Bürgermeister von Tokio, auch gern in aller Öffentlichkeit brüsten.

Die Wahrscheinlichkeit



dass aufgrund bloßen Zufalls oder menschlichen Versagens „etwas passiert“, wächst daher mit jedem Tag, zumal die Träger der Bomben, Überschallraketen, mit jeder Generation schneller und schneller werden – und die Vorwarnzeit für ihren Einschlag dementsprechend geringer. Bei einem Erstschlag vonseiten des Gegners steht Russen wie Amerikanern heute keine halbe Stunde mehr zur Verfügung wie noch vor einem Jahrzehnt, sondern dieser ohnehin minimale Zeitraum ist inzwischen auf etwa fünf Minuten geschrumpft. Innerhalb dieser Zeit muss entschieden werden, ob es sich wirklich um einen tödlichen Angriff handelt, der den sofortigen Gegenschlag nach sich zieht, oder ob vielleicht doch nur eine Fehlmeldung vorliegt. Offensichtlich *reicht diese Zeit für menschliche Entscheidungen nicht länger aus* – zumal sie aufgrund des unvermeidlichen „Fortschritts“ in Zukunft noch weiter schrumpfen wird. Der Präsident und sein Stab können im attackierten Land auf die Herausforderung eines Erstschlags nicht länger reagieren. Deshalb müssen Amerikaner wie Russen die Entscheidung darüber, ob das globale Feuer entzündet wird oder nicht, an Computersysteme abgeben. Die Aussicht, dass das kollektive Schicksal der Menschheit in Zukunft in den Händen von Maschinen statt von Menschen liegt, ist die wohl bedrückendste aller Zukunftsperspektiven. Hält man sich nämlich vor Augen, dass solche Systeme fehlerbar sind – sie waren es mehrfach in der Vergangenheit und selbst eine große Firma wie Boeing hat einem ihrer Flugzeuge (Max 737) ein fehlerhaftes Steuersystem ein-

gepflanzt, sodass in zwei aufeinander folgenden Abstürzen an die dreihundert Menschen ums Leben kamen – dann weiß man, welchem existenziellen Risiko wir ausgesetzt sind. Überwältigt und mattgesetzt durch den eigenen technischen „Fortschritt“, haben wir unser Schicksal in die Hände der Künstlichen Intelligenz gelegt:

*Furchtbare Neue Welt –
wir haben uns selbst entmündigt.*

Eine Rettung aus dieser den Klimawandel noch übertreffenden Not, die uns jederzeit ohne Vorankündigung heimtückisch überfallen kann, scheint nur durch Kontrolle möglich, nämlich durch den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht aller Staaten auf einen Teil ihrer Souveränität. Um des gemeinsamen Überlebens willen darf es im 21. Jahrhundert nicht länger möglich sein, dass jeder Staat die Umwelt nach eigenem Belieben vergiftet, nach Belieben Rohstoffe verprasst und die übrige Menschheit nach Belieben mit Massenvernichtungswaffen bedroht. In einer multipolaren Ordnung, die jedem Staat die Freiheit erteilt, das gemeinsame Raumschiff Erde nach eigenem Gutdünken auszubeuten, zu vergiften und mit Massenvernichtungswaffen existenziell zu gefährden, sollten wir die schlimmste aller denkbaren Alternativen erblicken. Die gegenwärtig etwa zweihundert Staaten der Welt werden das Ende dieses Jahrhunderts nur dann erleben, wenn sie, freiwillig oder – zur Not auch – gezwungen, einen Teil ihrer Souveränität an einen Weltpolizisten abtreten, der die weitere Proliferation von Massenvernichtungswaffen verhindert und zur gleichen Zeit den Planeten vor weiterer Ausbeutung und Vergiftung bewahrt.

Ein Weltpolizist?



Das scheint eine eher unsympathische, wenn nicht gar abschreckende Vision zu sein, fühlen wir uns dabei doch sofort an den berüchtigten Leviathan von Thomas Hobbes erinnert. Der englische Philosoph des 17. Jahrhunderts hatte den Dreißigjährigen Krieg vor Augen, in dem die Staaten Mitteleuropas einander barbarisch zerfleischten. Damit die Menschen sich nicht in Wölfe für ihre Mitmenschen verwandeln (*homo homini lupus*), bedürfe es eines Fürsten, so Hobbes, an den sie einen Teil ihrer Souveränität abgeben, nur so lasse sich

der gegenseitige Vernichtungskampf beenden. Hobbes konnte damals noch nichts davon wissen, dass die heutige Menschheit, selbst wenn sie scheinbar den Frieden genießt, permanent der Vernichtung ausgesetzt ist, denn einen Erstschlag kündigt eine Supermacht natürlich nicht vorher an. Ich kenne keine andere sozio-politische Theorie, die so treffend unsere heutige Situation beschreibt und mit unbestechlicher, wenn auch unerfreulicher Logik die einzige Lösung beschreibt, die einen möglichen Ausweg verheißt.

Denn die bekannte Devise „Global denken, lokal handeln“ verfängt in unserer Situation nicht länger. Selbst wenn wir alle global durchaus das Richtige denken, weil wir uns sehr wohl bewusst sind, dass wir mit Klimawandel, galoppierendem Ressourcenverschleiß und allgemeiner Nuklearaufrüstung gemeinsam in Richtung Abgrund laufen, handeln wir dennoch lokal genauso wie vorher, weil derjenige, der das Richtige tut, als der Dumme den Schaden hat, solange die anderen ihm nicht folgen. Würde sich zum Beispiel eine der heutigen Supermächte aus freien Stücken dazu entscheiden, ihr gesamtes Atomwaffenarsenal von heute auf morgen zu verschrotten, so wäre das zwar eine moralisch unglaublich mutige Tat, aber zugleich eine machtpolitische Dummheit, denn aufgrund der eigenen Selbstschwächung würde der unglückliche Pionier augenblicklich unter die Kuratel der verbliebenden Supermächte geraten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und seiner weltpolitischen Ohnmacht während der neunziger Jahre musste Russland diese Wahrheit schmerzhaft am eigenen Leib erfahren. Zwar hatte Russland sich nicht freiwillig geschwächt, sondern geriet durch Wettrüsten ökonomisch heillos ins Hintertreffen, aber diese Schwächung rief bei den Rivalen keinerlei Mitleid hervor. Denn auch wer moralisch vorangeht, kann bestenfalls in einer kleinen Gruppe von Menschen als richtungsweisendes Beispiel wirken, aber nicht in einer Welt von Mächten mit grundverschiedenen Interessen. Hier wird der Schwache schlicht von den Starken gedemütigt, wenn nicht einfach geschluckt..

Man mag es traurig finden



aber es ist Realität: Ohne einen Weltpolizisten kommt die Menschheit nicht län-

ger aus. Tatsächlich ist er ja auch heute bereits vorhanden. Wann immer die drei Supermächte – die USA, Russland und China – im UNO-Sicherheitsrat gemeinsam eine Resolution beschließen, handelt es sich de facto um die Erlässe einer Weltpolizei oder inoffiziellen Weltregierung – welchen Namen wir dieser Instanz auch geben. Unsere spontane Reaktion besteht zwar darin, dass wir uns solcher Bevormundung zuerst einmal widersetzen, weil unser Schicksal nicht mehr von uns selbst, sondern über unsere Köpfe hinweg von anderen bestimmt wird. Aber wir selbst – und mit uns alle anderen Staaten –, haben uns in eine Situation manövriert, in der uns nichts anderes als ein solcher Weltpolizist *vor uns selbst zu retten vermag*.

Denn die Welt, wie sie früher einmal bestand – und manchen im Rückblick vielleicht um vieles glücklicher erscheint – existiert schon längst nicht mehr. Noch vor zweihundert Jahren hätten die meisten Nationen eine Chinesische Mauer um ihr Territorium aufrichten können, um in völliger Isolierung von allen übrigen zu leben. Anders gesagt, hätten sie weitgehend oder auch völlig autark in uneingeschränkter Souveränität in ihrem je eigenen Gebiet existieren können, ohne sich um den Rest der Welt zu kümmern. Für einige abgeschiedene Inseln im Pazifik bestanden solche Verhältnisse noch bis ins vergangene Jahrhundert.

Doch das hat sich in kurzer Zeit grundlegend geändert

Das Leben in Deutschland, Frankreich, den USA oder China, ja selbst auf Neuguinea oder Grönland würde völlig zusammenbrechen, wenn nicht Tag für Tag Ströme von Öl, von Mineralien oder auch Fertigwaren

die Grenze passieren. Ohne diese Zufuhr würden in Deutschland und Österreich die Lichter ausgehen, der Verkehr stehen bleiben, die Fabriken die Produktion einstellen, die Bevölkerung schlagartig verelenden. Allenfalls wäre das rohstoffreiche Russland zur Not in der Lage, sich nach außen hin abzuschotten, aber seinen gegenwärtigen – immer noch vergleichsweise niedrigen – Lebensstandard vermag es nur aufrechtzuerhalten, indem es seine Rohstoffe gegen Fertigprodukte aus dem Ausland verkauft. In ihrem heutigen Ausmaß besteht diese weltweite gegenseitige Abhängigkeit erst seit etwa einem Jahrhundert, aber sie ist kaum mehr rückgängig zu machen, es sei denn wir würden uns mit einem Bruchteil unseres heutigen Lebensstandards begnügen. Dabei geht es aber offensichtlich um Souveränität. In deren mehr oder weniger großem Verzicht besteht die eigentliche Wirkung dieser weltweiten Verflechtung, denn jeder Staat hat sich dadurch *von dem guten Willen anderer abhängig gemacht*, und zwar nicht nur im Hinblick auf importierte Ressourcen und exportierte Waren, sondern ebenso im Hinblick auf die bei ihrer Herstellung erzeugten Gifte. Die klimazerstörenden Schadstoffe, welche die Verbrennung von Kohle und Öl bei uns oder in China erzeugt, hält sich nicht an nationale Grenzen, sondern verbreitet sich über den Globus, der Einsatz von Nuklearwaffen durch die Supermächten löscht nicht nur in diesen selbst sämtliches Leben aus, sondern ebenso in der übrigen Welt. Wir bestehen auf der Souveränität im eigenen Lebensraum und verschließen bemüht die Augen vor der unabweisbaren Einsicht, dass wir selbst diese längst in eine Illusion verkehrten.

Ja, eine Welt, wo jeder noch Herr im eigenen Hause war, hätte eine schönere Welt sein können (ob sie es wirklich war, ist eine andere Frage). Aber diese Welt gibt es nicht mehr. Aus diesem Grunde ist nicht nur der Zusammenschluss der europäischen Staaten in der EU eine Notwendigkeit, wenn unsere Stimme in

der Welt überhaupt noch gehört werden soll, sondern darüber hinaus ist sogar noch ein weiterer Verzicht von uns gefordert. Leviathan, die kommende Weltregierung, muss uns daran hindern, die Umwelt, den Globus oder sogar die eigene Spezies zu vernichten.

Wüsten wir nicht

dass einige der größten Köpfe die gleiche Ansicht mit größtem Nachdruck vertreten haben – oben war schon von Immanuel Kant, H. G. Wells, Arnold Toynbee, Bertrand Russell, Raymond Aron und Albert Einstein die Rede –, dann könnte uns dieser Ausblick als zu gewagt erscheinen, zu weit hergeholt. Vor allem aber fühlen wir uns durch Leviathan ja zunächst einmal bedroht. Da ziehen es viele begreiflicherweise vor, eher die Augen vor den uns bedrohenden tödlichen Gefahren zu verschließen als sich mit einem derartigen Untier abzufinden.

Doch diese Aussicht haben wir uns selbst eingebrockt. Damit die derzeit etwa zweihundert Staaten auf dem Planeten die eigene Souveränität nicht dazu missbrauchen, das Überleben der Art zu gefährden, müssen sie einen Teil ihrer Souveränität an eine Instanz abtreten, *die sie genau davor bewahrt*. Eben dies haben die zitierten Autoritäten als unumgängliche Maßnahme gefordert. Dann erhebt sich allerdings gleich die weitere Frage, die sich auch schon für die EU, den Zusammenschluss der Nationen Europas, stellte: Wie muss eine übernationale Instanz beschaffen sein, damit sie erträglich wird?

In Europa (aber bisher noch nicht in den USA)

sind die Bürger durchaus bereit, auf einen Teil ihrer Freiheit zu verzichten, z. B. darauf, Pistolen im Gürtel bei sich zu tragen. Auch die persönliche Blutrache ist bei uns verboten, obwohl auch dies eine Einschränkung der individuellen Freiheit bedeutet. Warum setzt sich bei uns niemand gegen diesen Freiheitsverlust zur Wehr? Offenbar wird er von kaum jemandem in Deutschland oder Frankreich als ein solcher empfunden, weil der im Gegenzug erzielte Gewinn so viel größer ist. Solange es jedem anheimgestellt blieb, sich friedlich zu verhalten oder auch nicht, war derjenige im Vorteil, der an der Bewaffnung festhielt und die Justiz in die eigenen Hände nahm, denn er



musste stets damit rechnen, dass die anderen ihm gegenüber nicht anders verfahren. In dem Augenblick, wo alle auf Pistolen, Gewehre oder die Blutrache freiwillig verzichten oder verzichten müssen, weil eine starke Regierung sie dazu zwingt, ergibt sich für den einzelnen nicht nur kein Nachteil, sondern alle fühlen sich im Gegenteil von einem großen Übel erlöst. Gewiss, Leviathan zeigt im ersten Moment seine Zähne, im zweiten aber befreit er die Menschen von einem unerträglichen Übel. Denn erst der Verzicht auf die *Freiheit, sich gegenseitig zu schaden*, führt zu jener großartigen Freiheit, die darin besteht, *sich gegenseitig zu nutzen*. Wechselseitiges Vertrauen kann nur entstehen, wenn der Mensch nicht länger ein Wolf für seine Mitmenschen ist. Im 21. Jahrhundert darf es den Staaten nicht länger erlaubt sein, nach Belieben aufzurüsten, nach Belieben Ressourcen zu verprassen, nach Belieben die Umwelt zu vergiften. Diese negative Freiheit muss ihnen genommen werden, damit ihnen die positive Freiheit erhalten bleibt, in einer Welt des Friedens zu leben.

Geschichte hat einen Sinn

nicht die der Natur, wo wir ihn nicht erkennen, sondern die Geschichte des Menschen, wo er die Stimme jenes Gewissens ist, an dem alle Menschen partizipieren. Im 21. Jahrhundert aber hat Geschichte noch dazu ein Ziel, das wir erreichen, einen Zweck, den wir verwirklichen müssen, nämlich dass wir den Planeten und dass wir uns selbst *vor uns selber* schützen.

„Freiheit, die wir meinen“

(Folgebeitrag vom 26. April 2019)

Der harte Widerspruch, der die Politik des 21. Jahrhunderts beherrschen wird – und der in der Tat jetzt schon kennzeichnend für sie ist – liegt in der Gegenläufigkeit zweier gleich notwendiger, gleich unverzichtbarer Tendenzen. Auf der einen Seite verlangt die Globalisierung der Chancen und Risiken von sämtlichen Staaten, auf einen Teil ihrer Souveränität zu verzichten. Die drohenden Gefahren von Klimawandel, Ressourcenverschleiß und nuklearer Bedrohung sind nur noch durch eine Weltregierung zu bannen, welche dem *Wettlauf der Menschheit gegen sich selbst* ein Ende setzt. Solange in einer multipolaren

Welt jeder Staat einen Vorteil darin erblickt, dem Gemeinwohl aller anderen zu schaden, weil er aus solchem Verhalten für sich selbst einen deutlichen Nutzen zieht, wird die Menschheit dem Abgrund mit jedem Jahr etwas näher rücken. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die ärmsten unter den gegenwärtig etwa zweihundert Staaten über genug Atomwaffen verfügen, um große Teile der Erde für unsere Art unbewohnbar zu machen. Erst wenn alle Staaten – freiwillig oder gezwungen – auf den Besitz von Atomwaffen verzichten, so wie heute schon die Bürger der meisten Staaten auf den Besitz von Pistolen und Gewehren, anders gesagt, wenn sie sich einer Weltpolizei unterordnen, wird Technik uns nützen statt uns mit der Vernichtung der eigenen Art zu bedrohen.

Jeder Zusammenschluss

von kleinen Einheiten in größeren – von Familien in einer Sippe, von Sippen in einem Stamm, von Stämmen in einer Nation, von Nationen in einer Union wie der Europäischen – zieht zwangsläufig einen Verlust von Eigenbestimmung nach sich: einen Verlust von Freiheit. Die größere Einheit setzt Grundregeln fest, die dann für alle gelten. In der Europäischen Union wird diese Aufgabe vom sogenannten „*aquis communautaire*“ erfüllt: dem Rechtsbestand an gemeinsamen Regeln. Laut Hans-Magnus Enzensberger ist der europäische Bestand an rechtsverbindlichen Dokumenten inzwischen so angeschwollen, dass er mühelos das Gewicht eines ausgewachsenen Nilpferds auf die Waage legt: ein bürokratischer Wasserkopf. Der Vorteil der Einheit ist dennoch offensichtlich: Während jede einzelne unter den Nationen Europas unfähig wäre, sich gegenüber den drei Supermächten USA, Russland und China zu behaupten, ist es einer selbstbewussten und entscheidungsfähigen Union durchaus möglich, ihre Interessen wirksam nach außen durchzusetzen. Denn dies ist der Zweck, dem sie heute dient. Hatte der Zusammenschluss europäischer Staaten zum Zeitpunkt seiner Entstehung noch den unmittelbaren Sinn, eine Fortsetzung jener zahlreichen Kriege zu verhindern, deren blutige Spur vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert reicht, so besteht der neue, heutige Sinn in der Verteidigung europäischer Interessen gegenüber der übrigen Welt.

Die Frage der Freiheit

erhält dadurch zwei unterschiedliche, ja einander entgegengesetzte Interpretationen, die sich auch in der unmittelbar politischen Realität niederschlagen. Einerseits zweifelt kein politisch klar denkender Kopf heute noch an der Notwendigkeit, dass es von nun an Europas Bestimmung sei, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu einer Einheit zusammenzuwachsen. Andererseits will sich Katalonien von Spanien, wollen die Flamen sich von den Wallonen, die katholischen Nordiren von England trennen, und auch Schottlands Verhältnis zu Großbritannien bleibt weiterhin ungeklärt. Und was das Vereinigte Königreich selbst betrifft, so versucht es hartnäckig, sich wieder von Europa zu lösen. Dieser Gegensatz der Bestrebungen innerhalb der Europäischen Union – der Wille zur Einheit auf der einen Seite, zur Separation auf der anderen – *spiegelt den Widerspruch in unserem Verständnis von Freiheit*.

Unlösbar ist dieser Widerspruch nicht

Einerseits sollte der Verzicht auf Souveränität immer nur soweit reichen wie unbedingt nötig, *um ein bestimmtes politisches Ziel umzusetzen*. Eine Weltregierung – sei sie nun offiziell vorhanden oder inoffiziell in Gestalt des UNO-Sicherheitsrats – ist unverzichtbar, wenn wir das wichtigste Ziel überhaupt erreichen wollen, nämlich den Schutz vor nuklearer Selbstvernichtung oder der Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Planeten. Andernfalls ist in den kommenden Jahrzehnten damit zu rechnen, dass jeder Zwergstaat den Globus mit atomarer Auslöschung bedroht. Ein politisch geeintes Europa wird schon deswegen notwendig sein, weil der geographisch unbedeutende eurasische Zipfel, auf dem wir leben, andernfalls das gleiche Schicksal erleiden könnte wie der Vordere Orient: zwischen den Supermächten USA und Russland könnte er zum neuen Schlacht- und Ruinenfeld werden.

Man versuche nicht

diese Drohung als unreal zu verdrängen. Seitdem beide Mächte immer mehr Raketenstellungen dies- und jenseits der russischen Grenze errichten, besteht die dringende Gefahr, dass sie ihre Stellver-

treterkriege demnächst auf hiesigem Boden ausfechten. Europa kann sich nicht dagegen wehren, zwischen die Fronten der beiden großen Machtblöcke zu geraten, aber es sollte zumindest stark genug sein, um nicht zwischen ihnen zerrieben zu werden. Solche Stärke erfordert allerdings einen Verzicht auf nationale Freiheit zugunsten der Union – einen Verzicht, der nur erträglich erscheint, wenn er auf den Zweck der Selbstbehauptung nach außen beschränkt bleibt, also nicht auf bürokratische Gleichmacherei im Inneren hinausläuft.

Mit genau diesem Vorbehalt

hatte Charles de Gaulle die Einheit Europas als eine solche der Vaterländer (oder sagen wir ruhig: Mutterländer) verstanden. Er wollte nach außen ein starkes Europa, aber keines, das nach innen gewaltsam Uniformierung betreibt und damit Freiheit in einem Maße vernichtet, wie der Zweck des Zusammenschlusses ihn nicht zu rechtfertigen vermag.

Das Europa Brüssels

hat von Anfang an einen anderen Weg beschritten. Ausgerichtet am Modell eines Wirtschaftsbetriebs, wie er eben nicht sein sollte, d. h. eines Betriebes an dessen Garderobe die Menschen ihr eigenbestimmtes Ich abgeben, um dann in genau festgelegten Produktionsprozessen für acht Stunden oder auch mehr bloß noch zu „funktionieren“, hat man auch die Bewohner Europas mit unzähligen Vorschriften behelligt, um die sichtbare äußere Lebensrealität und die unsichtbare ihres Verhaltens in ein Netz von Regeln zu binden – Regeln mit dem Gesamtgewicht eines ausgewachsenen Nilpferds. Sicher bietet diese von oben erzwungene Vereinheitlichung Vorteile im Sinne eines möglichst berechenbaren und reibungslosen ökonomischen Funktionierens – im einzelnen Wirtschaftsbetrieb ist sie bis zu einem gewissen Grad ja überhaupt unverzichtbar. Zudem beweist das Beispiel Chinas, dass es Regierungen nützt, ein ganzes Volk in das Korsett eines Betriebs einzu-zwängen, weil Politik dann umso besser imstande ist, Großprojekte wie Flughäfen, Staudämme oder Autobahnen zu dekretieren und auf der Stelle auch auszuführen – ganz ohne die zeitraubende Konsultation ihrer Bürger. Alle Tätigkeiten werden dann wie in einem Konzern von oben geplant und effizient durchge-

setzt, weil der Wille eines einzigen Mannes (wie Xi Jin Ping oder auch Putin) zu diesem Zweck völlig genügt.

Das ist dann allerdings eine Entwicklung

die auf den Termitenstaat zielt, der, wie bekannt, mit größter Effizienz unter Bienen und Ameisen funktioniert – unter Menschen aber wohl nur so lange wie der dadurch bewirkte Wohlstands- und Machtgewinn den Verlust an elementarer Freiheit vergessen macht. In China wird das wahrscheinlich noch für die nächsten Jahre gelten, aber keinesfalls gilt es für das heutige Europa. Hier verlangt die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Supermächten eben keine durchgehende Reglementierung der Bürger, *sondern nur eine gemeinsame Außenpolitik des Handels und der Verteidigung*. In diesem Sinne hätte es – von einem europäischen Parlament demokratisch gewählt – von Anfang an einen Präsidenten Europas und einen Handelsminister geben müssen. Das europäische Parlament hätte dann in seinen Kompetenzen nur die Außenbeziehungen zu regeln, während die nationalen Parlamente die Verfügung über sämtliche nationale Angelegenheiten behalten. Im Sinne einer lebendigen Demokratie, welche den Bürgern ein Maximum an Entscheidungen überlässt, sollten die inneren Belange jedes einzelnen Mitgliedsstaates auf nationaler, regionaler und schließlich auf der Ebene der Gemeinden vor Ort geregelt werden. Der Gegensatz zu einem Termitenstaat liegt grundsätzlich darin, dass alles, was lokal bestimmt werden kann, auch lokal bestimmt werden soll.

Die tatsächliche Entwicklung Europas

ist, wie gesagt, diesem Modell durchaus nicht gefolgt. So wurden etwa in Deutschland zunächst den Parlamenten der einzelnen Bundesländer immer mehr Kompetenzen entzogen, sodass sie heute weitgehend zu „Quatschbuden“ für gut bezahlte Rentiers verkommen sind, danach griff dieser Prozess auch auf die nationalen Parlamente über. Man muss die von Altbundespräsident Roman Herzog genannte Zahl von 80% aller Gesetzen, die nicht mehr im deutschen Parlament gemacht, sondern von Brüssel übernommen werden, nicht wörtlich nehmen, um sich eine Vorstel-

lung von der gar nicht mehr schleichend verlaufenden Zentralisierung der Union zu machen. Nicht ein Europa der Vater- (oder auch Mutter-)länder wurde auf diese Weise geschaffen, sondern die Entwicklung orientiert sich eindeutig am Modell eines Wirtschaftskonzerns, so als könnten auch auf staatlicher Ebene Menschen dauerhaft unter Bedingungen leben, denen man eine verdächtige Ähnlichkeit zum Staat der Termiten bescheinigen muss.

Die dadurch bewirkte Entmündigung

der Staatsbürger auf lokaler Ebene kann natürlich nicht ohne Folgen bleiben. Sie erklärt, warum ein Vereintes Europa – ein nicht nur weltpolitisch notwendiges, sondern bei richtiger Durchführung auch für die Bürger segensreiches Projekt – in großen Teilen der Bevölkerung (anders als bei den Eliten) auf so verbreiteten Widerstand stieß und bis heute immer noch stößt. Denn dieses neoliberale, ausschließlich an ökonomischer Effizienz orientierte Europa hat in zunehmendem Maße Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzt: in eine Fernverwaltung durch die Brüsseler Zentrale. *Das und nicht die Einheit an sich, ist der Schatten, der sich über der Union ausbreitet.*

Der einzelne Mensch fühlt sich nur dann geborgen

wenn er sich dort, wo er zusammen mit seinen Nachbarn lebt – einer Gemeinde, einem Stadtviertel, einer Region –, *eine eigene Identität* zu erschaffen vermag, an der er durch Mitwirkung beteiligt ist und die nicht beliebig von oben in Frage gestellt oder aufgelöst werden kann. Freiheit ist nichts anderes als *menschliche Selbstgestaltung*, die auch heute, im Zeitalter des Internets, durch einen raumüberschreitenden elektronischen Verkehr nur ergänzt, aber gewiss nicht ersetzt werden kann. Der Mensch wird heimat- und wurzellos, wenn man ihn dieser Verankerung beraubt: der Partnerschaft (Familie), der Gemeinde, dem Stadtviertel. Dann fühlt er sich so behandelt als wäre er nicht mehr als das Ersatzstück einer Maschine, das man nach Belieben verpflanzen und durch andere ersetzen kann. Die Verödung ganzer Landschaftsteile im Osten Deutschlands zeigt diesen Trend in krasser Deutlichkeit. Dort empfinden Menschen nur



Foto: Pete Wright auf Unsplash

noch Scham über die eigene Ohnmacht, weil sie das elementare Bedürfnis nach Selbstgestaltung nicht mehr auszuleben vermögen: Dörfer und Kleinstädte zerfallen ebenso wie die Psyche der darin lebenden Bewohner.

Die gleiche Entwicklung

findet in Städten statt, wenn Menschen sich in anonymen Schlafkasernen eingesperrt fühlen – ein Gegenstück zur Massentierhaltung, da unter solchen Bedingungen weder Heimat noch gestaltende Mitwirkung entsteht. Je mehr die Freiheit der Selbstgestaltung und Selbstbestimmung vor Ort auf diese Art ausgehöhlt wird – der Urnengang alle vier oder fünf Jahre hat ja mit dem praktischen Leben kaum noch etwas zu tun -, umso stärker macht sich der Widerstand geltend, der sich dann in Aufruhr zu entzünden droht: Demonstrationen in den verschiedensten Teilen Europas verwandeln sich in Orgien der Gewalt. In ohrenbetäubender Stärke dröhnen uns die Hassposaunen aus dem Internet entgegen. Und öffentliche Ämter und Krankenhäuser sehen sich in Deutschland und anderen Teilen Europas mit zunehmender Gewaltbereitschaft der Bürger konfrontiert. Auch Gewalt ist ja ein Ausdruck individueller Selbstbestimmung. Nehmt den Menschen die legale Möglichkeit, diese auszuüben, dann greifen sie zu ungesetzlichen Mitteln.

Freiheit als Selbstbestimmung


darf sich nicht auf die Familie oder Partnerschaften beschränken, sie muss lokal überall auf den kleinsten Ebenen menschlicher Gemeinschaft wirksam sein, wenn sich in den Köpfen nicht das Bedürfnis nach Umsturz und Zerstörung ausbreiten soll. Der Imperativ, der hier gelten soll, ist die eigentliche Grundlage jeder lebendigen Demokratie: *Lasst die Bürger vor Ort entscheiden, was sie dort mit Kompetenz besser als jede Zentrale*

zu regeln vermögen. Natürlich kann das nur bedeuten, dass Brüssel und die Großen unter den Staaten Europas den übrigen Mitgliedern nicht deren Innenpolitik vorschreiben. Hier muss Europa freiwillig dadurch zusammenwachsen, dass das *bessere Vorbild die anderen überzeugt*. Zwang, um den Vereinigungsprozess gewaltsam voranzutreiben, wird nur Widerstand und noch stärkere Tendenzen der Abspaltung bewirken.


Die Europäische Union darf keine Zentrale sein

die das Blut aus den Mitgliedsstaaten, den Landes- und Nationalparlamenten saugt, um alles von oben zu verordnen, so als hätte man es nicht mit historisch zu so erstaunlicher Vielfalt gewachsenen Staaten und Regionen zu tun, sondern mit einem einzigen großen Konzern, in dem alle für das jeweils nächste Business-Quartal gleich zu denken und gleich zu handeln haben. Für den richtigen Umgang mit den Mitgliedsstaaten gibt es doch ein allen bekanntes Beispiel. *Bis heute kann die Schweiz als Vorbild für die Einheit nach außen und die Freiheit (Vielfalt) nach innen dienen*, denn dort gelingt dieses Wunder schon seit zweihundert Jahren. Aber es stimmt schon: das Abwägen zwischen lokalen und zentralen Kompetenzen wird dadurch erschwert, dass gemeinsame Verteidigungskräfte, gemeinsame Industrienormen und ein gemeinsames Bankensystem ein gewisses Maß an übernationaler Einheitlichkeit erzwingen; nur sollte die Zentrale über das unerlässliche Maß hinaus keine Kompetenzen besitzen, womit sie die Freiheit vor Ort erstickt. Wenn der Europäische Gerichtshof die Einheit auch auf dem Gebiet der Moral sowie der unterschiedlichen Sitten und Traditionen durchsetzen will, so muss man sich fragen, ob er damit Europa wirklich einen Gefallen erweist oder nicht eher den Widerstand der Bürger gegen die Union mobilisiert.

Größtmögliche Freiheit im lokalen Bereich

bei gleichzeitigem Verzicht auf Souveränität in globalen Belangen – diese beiden in meinen Augen gleich unabweisbaren Forderungen zeigen den Gegensatz auf, dem sich unsere Zeit stellen, den sie bewältigen muss. Das 21. Jahrhundert braucht ja in Wahrheit noch eine viel größere Einheit als die der Europäischen Union; sie braucht noch in diesem Jahrhundert eine wirkliche Weltregierung (nicht nur die inoffizielle, schlecht funktionierende Vorstufe des UN-Weltsicherheitsrats), wenn sie die tödlichen Gefahren überstehen will, die sie auf andere Weise nicht überwinden kann. Zur gleichen Zeit aber wird sie sich vor nichts so sehr hüten müssen wie vor der Sklerose in einem Termitenstaat, wo der Mensch noch nur Masse, nur noch funktionierendes Teilchen ist. *„Der Atombombe als dem Problem der Menschheit schlechthin ist nur ein einziges Problem gleichwertig: die Gefahr der totalitären Herrschaft... mit ihrer alle Freiheit und Menschenwürde vertilgenden terroristischen Struktur. Dort ist das Dasein, hier das lebenswerte Dasein verloren“*, meinte Karl Jaspers, der in diesem Punkt wiederholt, was Immanuel Kant schon als seelenlosen Despotismus verworfen hatte. Damit ist die Herausforderung, vor der wir heute stehen, auf prägnante Weise benannt, nur dass Kant und nicht einmal Jaspers wissen konnten, dass sich inzwischen zwei weitere apokalyptische Übel an die Seite des Vernichtungskrieges gesellen: der Klimawandel und die Erschöpfung der Ressourcen. 

Teil 1 erschien zuerst am 24. April 2019 unter: <https://www.gerojenner.com/wp/?p=2891> und Teil 2 am 26. April 2019 unter: <http://www.gerojenner.com/wp/?p=2967>

Zum Autor
Dr. Gero Jenner 



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>